

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Metten, in der Sitzung des Rates am 19.12.2017

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

man kann fast sagen: Alle Jahre wieder. Und ich glaube, Fabian Schütz hat das auch schon einmal durchdekliniert, wie es mit diesem Weihnachtslied dann in Bezug auf den Haushalt weitergeht. Alle Jahre wieder haben wir um diese Jahreszeit wirklich wichtige Entscheidungen für diese Stadt zu treffen, aber wenn man glaubt, dass mit dem Haushalt Geschenke verbunden sind, so ist es auch dieses Jahr eine herbe Enttäuschung, die man dabei erleben muss. Dieser Haushalt ist ein technischer Haushalt. Nicht, weil die technischen Fachbereiche überproportional stark davon profitieren, sondern es ist ein Haushalt mit Scharnierfunktion. Eine lange Zeit der Haushaltskonsolidierung liegt hinter uns. Vor uns liegt die Perspektive auf den Haushaltsausgleich 2021. Und eine Scharnierfunktion hat dieser Haushalt zwischen einem alten Kämmerer, der ihn in wesentlichen Teilen mitentwickelt hat, und einem neuen Kämmerer, der ihn eingebracht hat.

Die Eckdaten des Haushaltes sind ernüchternd: 410 Millionen EUR betragen die langfristigen Schulden, wenn man die Kassenkredite hinzunimmt. 12,9 Millionen EUR beträgt der Jahresfehlbetrag. Und all das vor dem Hintergrund des historischen Zusammentreffens von einer Niedrigzinsphase, wie wir sie noch nicht gekannt haben und einer Hochkonjunktur. Dies sind von der rein wirtschaftlichen Perspektive relativ gute Ausgangswerte. Und dann sprechen wir über die Möglichkeiten, die wir in der Politik überhaupt haben, in diesem Haushalt Dinge entscheiden zu können: Nur 1,9% der gesamten Haushaltssumme entfallen auf den Korridor. Und wenn man dies auf das alltägliche Leben herunterbricht: Das durchschnittliche Bruttoeinkommen in Deutschland liegt bei 3.200,- EUR. Wenn man das ausrechnet, landen wir bei 60,80 EUR, die wir dann nach Abzug von Steuern, Wohnung, Krankenkasse und Versicherungen usw. haben, um überhaupt Gestaltungen vornehmen zu können. Es liegt uns also ein Haushalt mit sehr wenig Gestaltungsspielraum vor. Das sind wir alle schon lange gewöhnt, aber ich denke, es ist dennoch wichtig, sich noch einmal vor Augen zu führen, wie gering mittlerweile unser Gestaltungsspielraum auf der kommunalen Ebene geworden ist. Es ist auch gleichzeitig ein Stück weit die Warnung davor, dass man die Hoffnung hat, man könne nun, weil dieser Haushalt nicht mit neuen Einsparungen daherkommt, Dinge wieder freigeben und hier ein bisschen mehr machen und da ein bisschen mehr machen. Wir befinden uns immer noch in einer äußerst angespannten Situation. Das Ziel 2021 haben wir fest vor Augen. Vielleicht – und darüber sollten wir im nächsten Jahr nachdenken – ist es sogar sinnvoll, den Haushaltsausgleich etwas früher darzustellen, als 2021. In diesem Moment würden wir nämlich den viel zitierten Korridor verlassen können.

Einen Akzent haben wir bereits ausführlich in der Hauptausschusssitzung diskutiert: die Sportförderung. Hier möchten wir gerne einen positiven Akzent zu den sonstigen Inhalten des Korridors setzen, nämlich 4,- EUR als Kompromissvorschlag für die in den Sportvereinen tätigen Menschen und einmalig 100.000,- EUR aus der Sportpauschale. Aber auch da muss man natürlich der Fairness halber sagen: Das ist eine Entscheidung für diesen Haushalt. Wir hoffen, dass man dies weiter fortsetzen kann, aber dafür gibt es keinen Automatismus. Das oberste Ziel muss es sein, dass wir den Korridor in kürzester Zeit verlassen.

Überraschend sind die Stellenmehrungen in Höhe von 45 Stellen. Betrachtet man die Details, so erkennt man relativ schnell: Es gibt einige Verschiebungen aus den Sachkostenbereichen in den Personalkostenbereich, also von der linken Tasche in die rechte Tasche. Deswegen ist die Stadt weder ärmer, noch reicher. Es ist einfach eine Verschiebung, die in diesen Einzelfällen sinnvoll und begründet erscheint. Wir haben eine Stellenmehrung im Bereich Planen und Bauen, auch im Kontext mit dem Flächennutzungsplan, aber eben auch mit vielen Bauprojekten, die alltäglich anstehen. Es sind Großprojekte – Cox, Köttgen und Kops –, die unsere Stadt viel schneller als jede Diskussion zum Thema Flächennutzungsplan in ihrer Struktur und Qualität weiterentwickeln werden. Dafür bedarf es etwas mehr Stellen. Wir merken, dass wir in der Entwicklung der Stadt nicht so vorankommen, wie wir uns das eigentlich wünschen. Insofern können wir der Stellenmehrung in diesem Bereich Rechnung tragen. Im Bereich der Personalkosten ist es ein weiterer ganz wichtiger Punkt für uns, dass wir uns mit dem Thema der Personalentwicklung beschäftigen. 45% der Mitarbeiter der Verwaltung gehen in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand. Ich glaube, das ist kein ungewöhnlicher Wert für Verwaltungen und deren Altersschnitte, aber es ist ein Wert, der uns zum Nachdenken bringen sollte, denn mit dieser natürlichen Fluktuation stellen sich automatisch die Fragen der Nachbesetzung und der Attraktivität des Arbeitgebers Stadtverwaltung. Und wir haben die historische Chance, dass wir mit dem Stadthausneubau eine äußere Hülle um eine innere Organisationsstruktur bauen können und nicht umgekehrt. Insofern war auch die Diskussion wichtig, die im Hauptausschuss geführt worden ist: Wie gehen

wir die Themen Personalentwicklung und Digitalisierung an, vor denen wir uns nicht verschließen können? Digitalisierung ist nicht das Allheilmittel, aber ein wichtiges Thema, das man bei der Personalentwicklung in der heutigen Zeit berücksichtigen muss.

Als weitere Besonderheit neben dem Stellenplan ist in diesem Haushalt die Steuersituation zu bewerten. Ich glaube, es hat es so noch nicht gegeben, dass die Situation eintritt, dass die Kommunalaufsicht uns auffordert, die Grundsteuer B von 545 auf 570 Punkte anzuheben auf Grund eines Vergleiches mit gleichgroßen Kommunen. Wir haben es rechtlich mehrfach hinterfragt und alle Anfragen kamen zum gleichen Ergebnis, nämlich dass die Stadt verpflichtet ist, dem nachzukommen. Für uns sind Steuererhöhungen eine Ultima Ratio. Aber in diesem Fall scheint es eine oktroyierte Ratio zu sein, mit der wir leben müssen.

Wir möchten aus dieser Steuererhöhung einen Punkt angehen, der im Stellenplan bereits berücksichtigt und für viele Bürgerinnen und Bürger von ganz großer Bedeutung ist. Es gibt derzeit ein subjektives Gefühl von abnehmender Sicherheit in der Stadt. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir dieses Thema lösen können. Wir brauchen kein zweites S-Bahn-Gleis, wenn es nicht mehr denkbar ist, abends zur S-Bahn zu gehen, mit der S-Bahn zu fahren oder sich am Busbahnhof aufzuhalten. Und deswegen fordern wir die Verwaltung mit dem Antrag, der bereits beschlossen wurde auf, sich Gedanken zu machen zu einem Sicherheitskonzept, das letztendlich nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein darstellt. Hierzu werden im Stellenplan drei zusätzliche Stellen für den Bereich der Ordnungsbehörde eingerichtet. Aber die Lösungsfindung geht weit darüber hinaus: Wir müssen die Abgrenzung zwischen Polizei und Ordnungsamt betrachten. Wir müssen prüfen, ob unser Ortsrecht der Ordnungsbehörde maximalen Spielraum gibt oder ob Bedarf zur Nachsteuerung besteht. Wir müssen auch betrachten, wie die Zuständigkeiten verschiedener Bereiche, wie Ordnungsbehörde und Sozialamt, ineinandergreifen. Wir müssen uns Gedanken machen über die Wahrnehmbarkeit des Ordnungsamtes. Dies ist mit Sicherheit ein ganz entscheidender Punkt, der das subjektive Gefühl der Sicherheit steigert. In diesem Zusammenhang ist womöglich auch zu prüfen, inwieweit eine Videoüberwachung neuralgischer Punkte rechtlich möglich ist. Wenn das Ergebnis vorliegt, werden wir uns im Rat damit beschäftigen müssen. Wir sollten auch von anderen Städten lernen, die sich genau mit dieser Thematik schon beschäftigen. Auch die Möglichkeit einer Kooperation mit der Stadt Köln ist in Betracht zu ziehen. Köln ist, wenn es um das Thema Sicherheit geht, in der Vergangenheit sicherlich nicht das Paradebeispiel gewesen. Ich habe allerdings aus der Kölner Verwaltung gehört, dass man gerade in den letzten zwei Jahren nach der dramatischen Silvesternacht extrem damit beschäftigt gewesen ist, diese Themen aufzuarbeiten. Auch die Sauberkeit der Stadt geht mit Ordnung einher, denn das Gefühl von einer sauberen Stadt bereitet einen guten Weg dafür, dass die Stadt auch als sicher empfunden wird. Und wenn dieses Konzept am Ende dazu führt, dass mehr als drei zusätzliche Stellen benötigt werden, so sind wir gerne offen für diese Diskussion. Wir werden diesen Weg gerne mitgehen, um hier einen Akzent zu setzen.

Der zweite Akzent betrifft den Bereich der Kultur. Der neue Kämmerer hat zu Beginn der Haushaltsklausurtagung der CDU-Fraktion eine ganz zentrale Frage gestellt: Ist die Kultur das Ziel der Haushaltssanierung oder ist die Kultur ein Mittel der Haushaltssanierung? Aus diesen Überlegungen heraus rufen wir dazu auf, uns gemeinsam für einen Pakt der Kultur stark zu machen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Maß der kulturellen Einrichtungen, das wir heute in unserer Stadt haben, an einer Untergrenze angekommen sind. Wir wollen dort nicht weitere Einschnitte machen. Die Kultur ist ein wichtiger, identitätsstiftender Faktor für eine Stadt. Und wir sollten uns jetzt positiv damit beschäftigen, der Frage nachzugehen, wo eigentlich die notwendige Mindestausstattung von Personal- und Sachkosten für die kulturellen Einrichtungen liegt, so dass wir diese kulturellen Einrichtungen wirklich fit machen können für die Zukunft. Dies wollen wir aber auch mit klaren Zieldefinitionen begleiten: Für die Villa Zanders wäre z.B. die Frage, der man nachgehen sollte, nicht die Anzahl der Besucher pro Ausstellung, sondern wie viele Schüler eigentlich in ihren Unterrichtszeiten Kunst in der Villa Zanders erleben. Für mich ist diese eine viel entscheidendere Zahl als die der absoluten Besucher. Im Bergischen Löwen könnte man sich daran orientieren, wie hoch eigentlich die Quote der selbst veranstalteten Veranstaltungen im Bergischen Löwen ist. Wir wollen also gerne die Verantwortlichen in den kulturellen Einrichtungen mit auf einen Weg nehmen, der aus quantitativen und qualitativen Elementen besteht. Dabei könnte man auch eine Zielgröße definieren, was eigentlich an privaten Mitteln eingebracht werden sollte und darüber nachdenken, ob an das Einbringen privater Mittel Zuschüsse aus dem Haushalt geknüpft werden. Solche Modelle gibt es in Universitäten seit vielen Jahren; dort führt das Einwerben privater Forschungsgelder letztendlich zu einer Erhöhung des Etats. Die CDU-Fraktion ist bereit, die kulturellen Einrichtungen sehr eng inhaltlich zu begleiten, gemeinsam immer wieder über die Schulter zu schauen und zu schauen, dass man auf dem richtigen, gemeinsamen Weg ist. Und auch hier sollte man einen Blick darauf werfen, wie dies in anderen Kommunen gehandhabt wird.

Hierzu gibt es in Nordrhein-Westfalen einige Beispiele. Kulturelle Einrichtungen werden nie rentabel werden, aber wir können die kulturellen Einrichtungen vielleicht ein klein bisschen in Richtung einer „Null“ bringen. Es bestehen viele Wünsche im Bereich der Kultur, und dies ist für uns ein wichtiges Thema, das wir gerade jetzt angehen wollen.

Soweit unsere Überlegungen zu dem diesjährigen Haushalt in der Hoffnung auf ein gutes und erfolgreiches Jahr 2018 und damit auch auf einen vielleicht etwas näher liegenden Haushaltsausgleich.

Ich wünsche Ihnen allen schöne Weihnachtstage.

[Die Niederschrift der Haushaltsrede erfolgte durch die Schriftführung des Rates.]